**Auszugsweise Abschrift aus der Tonbandaufzeichnung
der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 2. März 2020**

**Redebeitrag des Stadtverordneten Dr. Jürgens, Fraktion B90/Grüne,
im Rahmen der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 18
betr. Denkmal für die Kasseler Trümmerfrauen**

„Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

in Dresden demonstrieren Neonazis und Mitglieder der AfD am Jahrestag der Bombardierung der Stadt schon seit vielen Jahren. Sie wollen damit ablenken von der historischen Verantwortung derer, in deren politischen Dunstkreis sie sich selbst bewegen. Sie wollen davon ablenken, dass Nationalismus, Ausgrenzung und Rassenwahn zur Trümmerlandschaft in Deutschland geführt haben, indem sie einseitig die Schuld den Alliierten geben wollen.

Und in Kassel beantragt jetzt die AfD ein Denkmal für die Trümmerfrauen.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass dies genau dem gleichen Zweck dient: dem Ablenken von der Verantwortlichkeit rechter und rechtsradikaler menschenverachtender Ideologien für die Trümmer, in denen Deutschland lag durch eine Heroisierung derer, die sie wegräumen mussten.

Das Bild von den Trümmerfrauen, wir haben es eben gerade auch wieder gehört, suggeriert ja, dass die Hauptlast der Aufräumarbeiten von Frauen freiwillig, selbstlos und uneigennützig getragen wurde, um so die Grundlage für den Wiederaufbau zu schaffen.
Aber wie war es denn wirklich? Zunächst erstmal, vor dem Kriegsende war das Wegräumen von Trümmern, soweit es überhaupt erfolgte, vor allem Strafarbeit. Strafarbeit für Kriegsgefangene, Strafgefangene usw..
Nach dem Kriegsende war es weiterhin zunächst einmal im weiteren Umfang eine Strafarbeit. Und zwar eine Strafarbeit auch oftmals für inhaftierte Nazis auch für inhaftierte Nazifrauen. Diese unter dem Begriff der Trümmerfrauen gleich mit zu ehren, besteht aus meiner Sicht überhaupt kein Anlass.

Und natürlich die Frage, waren es wirklich vor allem Frauen, die mit angepackt haben, wie es uns eben auch geschildert worden ist? Für Berlin und große Teile der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone mag dies sogar gelten, wie aktuelle Forschungen belegen.

Das war geprägt ja auch von dem Bild der Frau als Werktätige, vor allem wie es der sozialistischen Sichtweise entsprach. Und es ist mir neu, dass sich die AfD diesem inzwischen angeschlossen hat.

Die von den Antragstellern übrigens in der Begründung erwähnte Louise Schröder, die kam ja aus Berlin, sie war ja zwischen 1947 und 1948 sogar kommissarische Oberbürgermeisterin von Berlin. Ihre zitierten Äußerungen sind natürlich vor allem auch vor dem Hintergrund der Berliner Erfahrungen zu sehen.

Aber ganz anders war es allerdings in den westlichen Besatzungszonen. Hier dominierte ein ganz anderes gesellschaftliches Bild. Ein ganz anderes gesellschaftliches Ideal von den Frauen, die sich um Heim und Herd kümmern, während die Männer mit ihrer Berufstätigkeit die Familie ernähren. Die Heranziehung von Frauen zu schwerer Arbeit wie das Trümmerräumen war damit schwer vereinbar. Und zum Beispiel wird vom ehemaligen Frankfurter Oberbürgermeister Kolb, wurde damals stolz verkündet, man habe beim Trümmerräumen ganz ohne Frauen auskommen können.

Jetzt natürlich die spannende Frage, wie war es eigentlich in Kassel? Ich habe mich hierüber mal bei Frau Dr. Kerstin Wolff vom Archiv der deutschen Frauenbewegung kundig gemacht. Um gleich vorweg zu nehmen, grundlegende und deutlich fundierte historische Forschungen zu dem Bereich, wie es in Kassel war, gibt es eigentlich bisher nicht. Bekannt ist immerhin, dass der Magistrat im März 1946 eine Notdienstverordnung erließ, wonach alle Kasseler Bürger für sechs Tage zum Schutt- und Trümmerräumen zwangsverpflichtet wurden.
Also sechs Tage, das war damals eine Arbeitswoche, weil der Samstag war ja bekanntlich noch Arbeitstag.

Von Anfang an war in der Öffentlichkeit gerade auch die Heranziehung von Frauen zum Pflichtdienst komplett umstritten. Der Oberbürgermeister, der damalige Oberbürgermeister Seidel, schrieb in einem Beitrag in den Hessischen Nachrichten, ich zitiere: „Ich bin gewiss kein Freund von Frauenarbeit, die sonst Männern zufallen müsste. In einer Zeit größter Not jedoch rechtfertigen sich auch Notmaßnahmen." Zitat zu ende. Und in Leserbriefen in der gleichen Zeitung wurde mehrfach die Heranziehung von Frauen teils heftig kritisiert.

Daneben stand im Fokus der Diskussion zu dieser Notdienstverordnung die Tatsache, dass sie gestützt war auf eben eine Notdienstverordnung von 1938 – also aus der Nazizeit – und, dass auch jüdische Bürgerinnen und Bürger zum Pflichtdienst herangezogen wurden. Das wurde besonders kritisiert.

Immerhin berichteten die Hessischen Nachrichten vom 11. April 1946 unter der Überschrift „Trümmerschuttaktion ein Erfolg", dass bereits im November 1945 eine Arbeitsgemeinschaft von sechs Kasseler Baufirmen zur Trümmerbeseitigung gegründet worden war, das war also hier wie auch in vielen anderen Städten, dass das professionell vorangetrieben wurde, die zunächst die Innenstadt geräumt hätten, und dann immer weiter nach außen. Aufschwung habe dies allerdings

genommen, dadurch, dass schweres Gerät im Einsatz war und 400 Notdienstverpflichtete angepackt hätten, so der Bericht.
Da geht es nicht nur um Frauen, da geht es um alle, die mit angepackt haben.

Also die Hauptlast der Trümmerbeseitigung in Kassel lag nicht bei Freiwilligen, sondern bei Notdienstverpflichteten, und wohl auch nicht bei den Frauen, sondern bei den Baufirmen und vor allem bei den Menschen beiderlei Geschlechts, die der Notdienstverordnung folgten und ihren Pflichtdienst leisteten. Genaue Einzelheiten und in welchem Umfang sich das aufteilte und wie genau dort gearbeitet wurde, sind bisher nicht erforscht.

Natürlich wird niemand hier im Raum bestreiten, dass es selbstlos tätige Frauen waren, und der Oberbürgermeister hat ja eine von ihnen beim Neujahrsempfang auch durchaus geehrt als Baumeisterin Kassels, und wir alle waren begeistert dafür und haben das unterstützt. Aber ein Denkmal undifferenziert für alle „Trümmerfrauen", wie es die AfD fordert, würde uns alle der Gefahr aussetzen Menschen mit zu ehren, die es nicht verdient haben und andererseits Leute ungeehrt zu lassen, die es ihrerseits verdient hätten.

Deswegen, in dieser pauschalen Form wie Sie das gemacht haben, kann meine Fraktion dem nicht zustimmen und bei meinem Kenntnisstand auch viele andere Fraktionen nicht.

Vielen Dank."

Gefertigt
von Nicole Eglin, Hauptamt, Büro der Stadtverordnetenversammlung
am 12. März 2020